

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen, bei unseren
Agenturen ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. Hoffe, Kaufmann & Pöglers
G. A. Dand & Co. Invalidentenkasse.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
H. Kraus
in Bosen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster

Jahrgang.

Nr. 121

Sonnabend, 17. Februar.

1894

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Ein Antrag auf Einkesselung des gegen den sozialdemokratischen Abg. Moeller (Waldburg) schwebenden Strafverfahrens wird angenommen.
Es folgt die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Prinz Arenberg (Ctr.)) beantragt, die Forderung der Regierung auf Errichtung einer neuen Direktorstelle zu bewilligen. Dieselbe soll dem bisherigen Leiter der Kolonialabteilung, Geh. Rath Dr. Kahler, übertragen werden und ist mit einem Gehalt von 20 000 M. dotiert.
Abg. v. Staudy (Df.): Es war nicht etwa Antipathie gegen die Kolonialpolitik, was uns zu unserem Antrag in der Kommission veranlasste. Auch wir haben den Wunsch nach einer zielbewussten einheitlichen Kolonialpolitik. Darüber kann man nicht in Zweifel sein, daß die heutigen Zustände in unseren Kolonien nicht befriedigend sind. Mißgeschick in einzelnen Fällen kann jede Kolonialmacht treffen, und es sind auch andere Staaten oft davon betroffen worden. Aber bei uns scheinen doch viele dieser Fälle auf Fehler unseres Kolonialamts zurückzuführen zu sein. Der Direktor unserer Kolonialabteilung hat so viel zu thun, daß er mit anderen Dingen nicht befaßt werden kann, und deshalb scheint uns die Errichtung eines eigenen selbständigen und unabhängigen Kolonialamts notwendig.

Abg. Dr. Sammler (nl.): Dem Wunsche nach Einrichtung eines selbständigen Kolonialamts schließe ich mich an. Wenn nun die Leitung des Kolonialamts anstatt bisher einem Geheimen Rath einem Direktor übergeben werden soll, so ist schon der Anfang zu jenem Ziele gemacht. Es ist in der Kommission Widerspruch dagegen erhoben worden, daß der neue Direktor 20 000 Mark erhält. Aber es ist kein Grund, weshalb dieser Direktor schlechter gestellt sein soll, als die anderen beiden Direktoren, die ja auch 20 000 M. erhalten.

Der Antrag der Kommission wird genehmigt.
Beim Kapitel „Gesandtschaften, Konsulate“, Titel „Gesandter in Athen“ bittet

Abg. Schmidt-Warburg (Ctr.) den Reichskanzler, den Gesandten in Athen anzuweisen, sich der Interessen der deutschen Inhaber von griechischen Staatspapieren anzunehmen. Ich bin glücklicherweise nicht daran befaßt. Aber es haben sich viele Leute auf Grund der verlodenden Emissionsprospekte und verleitet durch die hohen Zinsen derartige Papiere gekauft und sind nun schwer geschädigt worden.

Ein Antwort vom Regierungssitz erfolgt nicht. Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Gesandter in Bukarest“ bemerkt

Abg. Dr. Gasse (nl.): Die Leiter der Petroleumgesellschaft Blumenfeld und Singer sind in Rumänien als Betrüger bestraft worden. Die Papiere dieser Gesellschaft sind in deutschen Händen, und die betreffende Bank sucht einen Druck auf die rumänische Regierung auszuüben, daß die Verurteilung der Leute wieder zurückgenommen wird. Ich bitte den Reichskanzler, den Gesandten in Bukarest zu veranlassen, öffentlich sich dahin zu äußern, daß das deutsche Volk mit diesen Bestrebungen der betreffenden Berliner Bank nichts gemein hat, damit die rumänische Regierung nicht mißtraulich werde gegen die deutsche Industrie und so der Zweck des deutsch-rumänischen Vertrages vereitelt werde.

Im Tit. „Botschafter in Rom“ beantragt die Kommission die geforderte Gehaltserhöhung von 20 000 M. zu streichen.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.): Es ist vorgekommen, daß bei einem deutschen Reisenden in Italien wissenschaftliche Instrumente, die er in seinem Koffer hatte, von der Zollbehörde angehalten wurden. Ich bitte um Auskunft darüber, ob der Ausbruch „Waaren“ (commerci) im italienischen Vertrage sich auch auf Reisegepäck bezieht.

Geh. Rath Reichardt erwirbt, daß durch eine Verfügung des Zolladministrators vom August v. J. dieser Mißstand beseitigt worden ist.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Generalkonsul in Shanghai“ befragt sich Abg. Zebien (nl.) darüber, daß die jüngeren Konsulsbeamten in Shanghai sich weigern, einem Schiffe, das nach den Amtsstunden, nach 4 Uhr, einläuft, die Papiere zu übergeben. Das sei seinen eigenen Schiffen passiert.

Geh. Rath Reichardt erwirbt, daß einheitliche Reglements nicht gegeben werden können. In dringlichen Fällen wird jeder Beamte auch nach den Amtsstunden seine Pflicht thun.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Tit. „Konsul in Athen“ erneuert

Abg. Schmidt-Warburg seine Anfrage, ob von amtlicher Seite Schritte zur Wahrnehmung der Interessen der deutschen Inhaber griechischer Staatspapiere gethan worden seien und noch weitere in Aussicht ständen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich beantworte diese Frage mit Ja. (Heiterkeit.)

Beim Titel „Konsul in Porto Alegre“ bittet

Abg. Dr. Gasse (nl.) die Zahl der Berufskonsuln erheblich zu vermindern. Der Wahlkonsul sei oft nicht in der Lage, die Interessen des Handels ausreichend wahrzunehmen.

Abg. Richter (Frl. Wpt.): Ich kann diese Ausführungen nicht ohne Widerspruch lassen; wir sind im allgemeinen der Ansicht, daß die Hoffnungen, die man seiner Zeit auf die Vermehrung der Berufskonsulate gesetzt hat, sich nicht erfüllt haben. Wahlkonsuln haben auch ihre Schattenseiten, aber Berufskonsuln nicht minder. Sieht man den Etat genau durch, so dürfte sich ergeben, daß manche Berufskonsulate überflüssig sind. Sollte daher wirklich an mancher Stelle ein Berufskonsul nötig sein, so wäre es angebracht, sorgsam nachzusehen, ob nicht durch Einziehung eines Berufskonsulats an anderer Stelle die dadurch entstehenden Kosten gedeckt werden können.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Geheime Ausgaben“ 500 000 M. bemerkt Abg. Richter (Frl. Wpt.): Wir werden gegen diesen Titel stimmen, und zwar aus den Gründen, die ich seiner Zeit gegen die Erhöhung dieses Fonds angeführt habe. Die Erfahrungen, die wir seither gemacht haben, haben unser Urtheil von damals nur bestätigt.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Zur Unterstützung deutscher Schulen und anderer vaterländischer Unternehmungen im Auslande“ bemerkt

Abg. Dr. Gasse (nl.): Die 100 000 M., die hier gefordert werden, stehen nicht auf gleicher Höhe wie die Ausgaben anderer Länder zu diesem Zweck. Spanien gibt das Zehnfache aus, Frankreich sogar 5 Millionen Franken. Ich möchte besonders auf die Levante hinweisen. Wenn dort den jungen Leuten Gelegenheit gegeben wird, deutsche Schulen zu besuchen, so werden diese dann nicht die Pariser, sondern die deutschen Hochschulen besuchen. Das würde im Interesse des deutschen Ansehens liegen und auch von materiellem Nutzen sein.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats, soweit er sich nicht auf die Kolonien bezieht.

Es folgt die Beratung über den Etat der deutschen Schutzgebiete in Verbindung mit denjenigen Titeln des Etats des Auswärtigen Amtes, welche sich auf die Besoldung der Kolonialbeamten beziehen. Dazu hat die Kommission folgende Resolution beantragt:

a) Die Regierungen zu ersuchen, die Befestigung derjenigen Hindernisse zu veranlassen, welche der Ausbildung der in den deutsch-afrikanischen Kolonien wirkenden Väter vom hl. Geste in Deutschland entgegenstehen; b) die Regierungen um Einbringung eines Gesetzesentwurfs, betr. die Befestigung des Sklavenraubs und Sklavenhandels, zu ersuchen.

Die Kommission hat den Reichszuschuß für Ostafrika um 120 000 M. ermäßigt, so daß derselbe nur 3 370 000 M. betragen soll. Im Titel für Expeditionen und Stationen sind als künftige wegfallend bezeichnet 10 000 M. Bei den einmaligen Ausgaben ist die Forderung für Bauten, Wege- und Hafenanlagen um 130 000 Mark gekürzt. Die Etats für die übrigen Schutzgebiete sind unverändert geblieben.

Berichterstatter Abg. Prinz Arenberg giebt einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen in der Kommission und verbreitet sich insbesondere über die zweite Resolution, die von der Kommission auf Grund des von der Hamburger Firma Wölber und Brohm betriebenen Sklavenhandels angenommen wurde. Auch der Regierungsbekreter Geh. Rath Kahler habe das Verfahren der Firma gebremst und die Waffenslieferungen des Vertreters der Firma an den König von Dahomey abfällig kritisiert. Die erste Resolution befürwortet der Berichterstatter unter Hinweis darauf, daß das Verbot der Ausbildung gewisser Missionare in Deutschland keine praktische Politik sei.

Die Debatte erstreckt sich zunächst auf Ostafrika.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen über den Sklavenhandel, die eigentlich nicht zum Etat für Ostafrika gehören, werde ich heute unberücksichtigt lassen. Ich war es ja, der in der Kommission die ganze Sache angeregt hat. Wenn wir die Frage jetzt erörtern, so sind wir auch genötigt, über den Protest der Firma Wölber u. Brohm zu verhandeln. Die rechte Seite war diesmal sehr sparsam, sie hat sogar am Mittwoch Abstriche vornehmen wollen, was doch ein unerhörter Vorgang ist. Aber an dem Etat für die Schutzgebiete hat sie nichts streichen wollen, und doch wäre hier am ehesten Veranlassung zur Sparsamkeit gegeben. Die Ausgaben sind immer mehr gestiegen, ohne daß die Erfolge dem entsprächen. Für Ostafrika war immer ein Zuschuß des Reiches nötig, der aber niemals gereicht hat, sodaß immer nachträglich noch Forderungen gestellt wurden. Im vorliegenden Etat ist der Zuschuß noch um eine Million erhöht worden. Diese Ausgaben sind dadurch notwendig geworden, daß man mehr Gewicht legt auf militärische Interessen als auf Kulturinteressen. In dem Maße, wie unsere Ausgaben für Ostafrika wachsen, vermindern sich dort die Einnahmen aus Handel und Verkehr. Der gesammte Handel soll sich auf 18 Millionen M. belaufen. Nehmen wir den Reichszuschuß von 3 370 000 M., die Dampfersubventionskosten, Kabelleihen, Unterhaltung der Schiffe, so steht die Thatsache fest, daß wir mehr an Reichszuschuß aufwenden, als der ganze Handel selbst bei einem Gewinne von 20% abwirft, und diese Gewinne heimfen nur einige wenige Firmen ein. Um Millionäre zu züchten, haben wir ja nach dem Zustand des Fürsten Bismarck Kolonien gegründet. Antiklerikalität ist zugegeben worden, daß wir in Deutschland nicht das geeignete Verwaltungspersonal für die Kolonien haben. Redner kommt auf die bekannten Brochem'schen Erlasse zu sprechen. Wie läme ein verständiger Mann zu solchen Verordnungen? In diesem Erlasse wird angeordnet, daß Hunde nicht frei herumlaufen dürfen und daß die Farbigen, sowie Indier und Griechen vor den Weißen Ehrenbezeugungen machen sollen im Gehen, Stehen und Liegen, im letzteren Falle müßten sie sich erheben und framm stehen. (Heiterkeit.) Hätte der Gouverneur nur die geringste Kenntniss von orientalischen Verhältnissen, dann müßte er wissen, daß es im ganzen Orient keine Eigentümer von Hunden giebt, die Hunde laufen dort herrenlos umher und befinden sich in einem anarchischen Zustande. (Heiterkeit.) Der zweite Erlaß trifft auch Indier und Griechen. Glaubt Jemand, daß diese Leute den Verordnungen ohne Weiteres nachkommen werden? Sie werden sich bei ihren Konsuln beschweren und führt das zu Verwickelungen. Man entschuldigt diese Verordnungen mit dem „Tropenkoller“. (Heiterkeit.) Aber warum passiert das nicht Franzosen, Engländern, Holländern? Herr v. Brochem scheint diese Erlasse auch auf Europäer ausdehnen zu wollen. Ich habe hier die Abschrift einer Beschwerde an das Auswärtige Amt von einem jungen Photographen Karl Klemm aus Berlin, der Ende Dezember in Dar-es-Salaam ankam. Als derselbe sich im Laden der Firma Hoffmann u. Müller aufhielt, hörte er plötzlich laut mit wahrer Stentorstimme rufen: „Hoffmann kommen Sie mal raus!“ Zerkümmert blickte der junge Mann selbst an die Thür und wurde angefahren: „Sie unterthäniger Flegel, warum grüßen Sie nicht? Ich bin der stellvertretende Gouverneur und stehe an Stelle des Kaisers.“ (Heiterkeit.) Auf die Antwort: „Ich kenne Sie nicht,“ rief der Gouverneur v. Brochem: „Sie sind

ein geborener Flegel, ihr habt mich zu kennen, ich werde Euch lehren mich zu grüßen, ihr Flegel!“ Der junge Mann antwortete entrüstet auf die Ausrufungen, und Herr v. Brochem ließ schwarze Polizeiodaten herbeiholen, um den Weißen zum Schauri zu transportieren. Während des Transportes ritt der Gouverneur neben her auf seinem Maulthier, so daß alles zusammenfiel. Dort vor den Richter gebracht, wird der junge Mann sofort entlassen, weil der Gouverneur einfiel, daß er ihm nichts anhaben konnte. Am nächsten Tage ging der Gouverneur zu Herrn Hofmann und ersuchte ihn, er möchte dem jungen Mann aufs strengste sein Verhalten verweisen, im übrigen werde er von einem weiteren Verfahren absehen. (Heiterkeit.) Ebenso fuhr am 14. Januar Herr v. Brochem eine Anzahl am Hafen stehender Matrosen von deutschen Seeschiffen mit den Worten an: „Ihr Schweinegale, wollt ihr nicht grüßen?“ Da muß es doch nahe liegen, daß der Mann nicht länger auf seinem Posten gelassen wird. Selbst die „Kreuzzeitg.“ hat anerkannt, daß wir betriebs des Verwaltungspersonals keine glückliche Hand gehabt haben. Die Beamten kämen oft „ganz grün“ hin und glaubten mit den Eingeborenen ganz willkürlich verfahren zu können. Es sei sogar vorgekommen, führt die „Kreuzzeitg.“ aus, daß junge Leutnants, die Stationen erhielten, sagten: Wir sind nicht dazu hergekommen, um Stationen zu gründen und Pflanzungen zu machen, sondern um Krieg zu führen. Die Nilpferdpeltische wird nicht allein in Kamerun gegenüber Dahomeyfrauen gebraucht, sondern in allen Kolonien, wie der Reisende Kallenberg in der „Augsb. Abendztg.“ mittheilt. Wir werden uns morgen die Ehre geben, einige Exemplare von Nilpferdpeltischen auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Große Heiterkeit.) Bisher haben die Eingeborenen so etwas nicht gefannt, sie haben erst von uns dieses neue Produkt der Zivilisation erhalten, und es schließt sich den anderen Produkten der Zivilisation, welche wir den Eingeborenen gebracht, Schnaps und Pulver, würdig an. Nach dem Bericht des Reisenden Kallenberg hat jeder Unteroffizier das Recht zu prügeln oder maßt es sich an. Ein Stationschef habe die Dorfbewohner, darunter einen achtzigjährigen Greis, prügeln lassen, weil sie sich geweigert haben, eine Arbeit zu verrichten, zu der sie nicht verpflichtet waren. Ebenso prügelte ein Stationschef seinen Koch, weil derselbe einige Tage den Kaffee schlecht zubereitet habe. Und das nennt man europäische Kultur nach Afrika tragen! Das Centrum tritt ja für die Kolonialpolitik aus Rücksicht auf die Missionen ein. Damit ist aber nicht viel her. Es geht darauf das Wort: Man trage den Kaffee, und der Barbar kommt zum Vorschein. Das bishigen Christenthum ist den Negern leicht zu nehmen, und dann bleibt der Wilde übrig. Wir werden zum Kolonialetat heute dieselbe Stellung einnehmen wie in früheren Jahren (Beifall links.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich erhebe ebenso Anspruch auf humane Gefinnung wie der Vordredner. Trotzdem kann ich in sein verdammdendes Urtheil nicht überall einstimmen, schon weil ich nicht urtheilen kann, ohne auch die andere Seite gehört zu haben. Wenn die Prügelfstrafe in Kamerun vorgekommen ist und so vorgekommen ist, wie es in den Zeitungen geschildert wird, so wird die Regierung alles thun, um Abhilfe zu schaffen. Ob es nötig war, das Bild dieser Scene zu entrollen, will ich dahingestellt sein lassen. In dem Bericht des Gouverneurs, also in dem einzigen amtlichen Aktentstück hierüber, steht von der Anwendung der Nilpferdpeltische nichts. Es ist an sich auch unwahrscheinlich, daß sie in Kamerun gebraucht sein soll. Daß wir in der Erziehung unserer neuen schwarzen Mitbürger oder Unterthanen so weit wie möglich die Mißde malten lassen, bin ich einverstanden, und ich bin auch überzeugt, daß für diese Erziehungstätigkeit keine bessere als die der Missionen gefunden werden kann; und ich werde mit allen meinen Kräften dafür eintreten, daß den Vätern vom heiligen Geiste ihre Thätigkeit erleichtert wird. (Beifall im Centrum.) Nun ist Herr v. Brochem angegriffen worden. Ich habe lange nach jemand gesucht, von dem ich glaubte, daß er dieses Amt gut und tüchtig verwaltete. Einen Militär zu nehmen, dafür sprach der Umstand, daß, wenn der Gouverneur, wie das jetzt häufig geschieht, unterwegs ist, ein Stellvertreter da sein muß, der auch das Kommando über die Schutztruppen übernehmen kann, und wenn der Gouverneur zu Hause ist, ein Mann da sein muß, der im Stande ist, selbständige Expeditionen zu machen. Ich empfinde es aufs schmerzlichste, einen ausgezeichneten Offizier der preussischen Armee in bevorzugter Stellung in solcher Weise lächerlich gemacht und bloßgestellt zu sehen. (Beifall rechts.) Sie sollten sich doch die Frage vorlegen, ob diese Kritik dazu beiträgt, die Leitung von Beamten und Offizieren, über See zu gehen, zu steigern. (Sehr richtig! rechts.) Major v. Brochem hat einen Erlaß gegeben über das Sonnenmachen. Wenn wir unsere Soldaten zu gehorsamen Menschen erziehen wollen, so wenden wir dazu das Mittel der Ehrenbezeugungen gegen Vorgesetzte an. Wenn dies bei uns sich seit Jahrhunderten bewährt hat, so ist es nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, daß es sich auch in unseren Kolonien bewähren wird. Wir brauchen Gehorham, und wenn wir nicht so milde Erziehungsmittel wie die Ehrenbezeugungen vor hohen Beamten gebrauchen sollen, so könnten wir in die Lage kommen, schärfere Mittel zu gebrauchen. Was die Hunde betrifft, so haben die meisten in Afrika wohl keinen Herrn, aber insbesondere in den Städten an der Küste befinden sich eine große Anzahl Hunde, die wohl Herren haben; nichts ist nach dem Urtheil erfahrener Afrikaforscher gefährlicher in Afrika, als die frei herumlaufenden Hunde, weil sie Träger von Krankheiten sind. Der Schmutz unter den Hunden in der Tropenzone ist weit größer als bei uns. Die meisten sind mit Ungeziefer behaftet und Träger ekelhafter Krankheiten. Wenn nun gegen dieses freie Herumlaufen eine Verfügung erlassen wird, so bin ich, selbst wenn die Verfügung einen stillistischen Fehler hat (Heiterkeit), nicht geneigt, sie als ungerechtfertigt anzuerkennen. Dann wird der stellvertretende Gouverneur beschuldigt, einen jungen Berliner Namens Klemm unfreundlich behandelt zu haben. Klemm hat auch an mich geschrieben. Ich habe darüber Bericht eingefordert und ehe der nicht da ist, bin ich nicht im Stande, an das Schreiben des Herrn Klemm eine Schlussfolgerung zu knüpfen. Bedenken Sie doch, in einer wie schlimmen Lage unsere Beamten in den Kolonien dastehen. Auf Wohlwollen

haben sie wenig zu rechnen. Da sind zum Beispiel Händler, die mit großen Erwartungen herausgekommen sind und enttäuscht werden, weil sie nicht vorwärts kommen. Natürlich suchen sie die Schuld vor allem bei der Regierung, nach guter deutscher Sitte. (Heiterkeit.) Da schicken sie einen Bericht an irgend einen Verwandten, an eine Zeitung, und schließlich wird eine Kritik durch ganz Deutschland verbreitet, die unerwünscht ist, aber eine große Anzahl Gläubige findet. Herr v. Frarçois, dessen Sündenregister hier ja auch noch entrollt werden wird, kriegt alle fünf Wochen die Post, und dann liest er in den Zeitungen, was für ein beschränkter — u. i. w. ein ganzes Heer von beleidigenden Adjektiven — Mann er ist. Sie werden doch das nicht leugnen können, daß es schwer ist, ein solches Amt zu führen. Ich möchte doch raten, im Interesse der Kolonien Maß zu halten und nicht leichtgläubig alles hinzunehmen, was von draußen kommt. Was Herrn Kallenberg betrifft, so vermute ich, daß es derselbe Herr ist, der sich um eine Anstellung in Ostafrika beim Auswärtigen Amt beworben hat. Also gar so schrecklich wird es dem Herrn nicht erscheinen sein, wenn er doch die Meinung hatte, nach Ostafrika zu gehen. Ich nehme die Verantwortung auf mich, und wenn etwas geschieht, was mit Recht und Gesetz nicht in Einklang steht, so werden wir alle Maßregeln dagegen ergreifen. Aber erwidern Sie den Männern draußen und mir die Aufgabe nicht, indem Sie eine derartige Kritik üben. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Arnim-Neubaus (H.) führt aus, es sei verfrüht, jetzt schon ein Urtheil über unsere Kolonien abzugeben zu wollen. Allerdings dürften Kolonien nicht militärisch-bureaucratisch regiert werden. Es empfehle sich, mehr kaufmännisch geschulte Kräfte zu verwenden.

Die Verathung wird nunmehr auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 16. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das bisherige provisorische Präsidium wird durch Zuvor endgültig wiedergewählt für die Dauer der Session.

Die Verathung des Justizetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Landgerichte und Amtsgerichte“.

Auf eine Anregung des Abg. Greif (Str.) erwidert Geh. Rath Vierhaus, daß das Landgericht in Köln allerdings zu den beschäftigten gehört, daß aber bis jetzt nur eine Stelle mehr hätte geschaffen werden können. Ob eine neue Strafkammer in Köln einzurichten sei, müsse noch erwogen werden.

Abg. Fuchs (Str.) beklagt die Unzulänglichkeit des Gerichtsgebäudes und Gefängnisses zu Gelsenkirchen. Bedauerlich sei auch, daß der Finanzminister dem Justizminister eine neue Richterstelle verweigert habe.

Geh. Rath Starke giebt zu, daß in Gelsenkirchen schwere Uebelstände beständen, deren Beseitigung große Schwierigkeiten mache. Die Erörterung hierüber sei noch nicht abgeschlossen.

Auf eine Anfrage des Abg. Jansen (Str.) erklärt Geh. Rath Vierhaus, daß die Notariats-Beglaubigungsgebühren in dem in Ausarbeitung begriffenen Gesetzentwurf erhöht worden seien, um das Beglaubigungswesen über den Grundbuchverkehr hinaus einzuschränken.

Geh. Rath Lehnert: Vom Abg. Mundel ist gestern gesagt worden, daß der Etat der Justizverwaltung zu spärlich bedacht sei, und daß die Tendenz vorwalte, die Ausgaben der Justizverwaltung aus den Einnahmen zu decken. Ich muß dieser Gegenüberstellung entgegenstellen. Wer sich den Etat ansieht, kann eine solche Behauptung nicht aufstellen. Wir schließen zu den Ausgaben der Justizverwaltung im Ganzen 60 Millionen zu, wenn man die Ausgaben für Pensionen und Renteleistungen mit in Betracht zieht. Es ist auch nicht richtig, daß die geplante zweite Richterstelle in Gelsenkirchen vom Finanzminister gestrichen worden ist. Der Finanzminister hat Interesse an der Justizverwaltung und bringt ihrer Lage volles Verständnis entgegen. Aber man kann doch die Justizverwaltung nicht eximiren vor allen übrigen Ressorts. Selten ist der Etat der Justizverwaltung so reich bedacht worden wie diesmal, und es ist dem Finanzminister nicht leicht geworden, die neuen Richterstellen gutzubekommen. Es ist behauptet worden, daß die Justizverwaltung das Stiefkind der Verwaltung ist. (Sehr wahr! im Centrum.) Das ist nicht wahr. Es ist dafür kein Beweis erbracht. Was die Dienstaltersstufen betrifft, so mußte dieses System so eingerichtet werden, daß keine Mehrausgaben entstehen. Die Beamten, die bisher schneller aufgerückt sind, müssen eine Zeitlang bei dem Gehalte stehen bleiben, bis die anderen nachgerückt sind. Wenn Sie neue Ausgaben haben wollen, dann müssen Sie auch neue Einnahmen schaffen.

Abg. Schmidt-Erfelenz (Str.) spricht dem Minister seinen Dank dafür aus, daß er namentlich auf dem Lande die Einzelrichter länger in ihrer Stellung lasse. Die Verwendung eines Theils der Affessoren als Amtsanwälte werde einen Gewinn für die Justizverwaltung und die betreffenden Bezirke bringen. Die Referendare müßten Gelegenheit bekommen, sich in die ländlichen Verhältnisse einzuarbeiten.

Justizminister Dr. v. Schelling: Die Frage der Haftung des Grundbuchrichters befindet sich im Fluß. Auch ich halte es für notwendig, daß die Referendare sich über ländliche Verhältnisse unterrichten und sich in das Agrarrecht einleben. Es wird streng darauf gehalten, daß die Referendare eine neunmonatliche Station bei einem kleinen Amtsgericht absolviren. Sollten die Referendare ihren Wohnsitz in einer benachbarten größeren Stadt nehmen und von dort aus ihre Geschäfte versehen, so würde ich diesem Mißstande abhelfen müssen.

Geheimrath Lukas: Der Verwendung der Affessoren als Amtsanwälte stehen nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen. Einmal befinden sich die Geschäfte der Amtsanwälte in festen Händen. Bürgermeister, Polizeibeamte u. s. w. versehen diese Geschäfte. Ohne Verletzung der Billigkeit dürfen diese Amtsanwälte nicht abgesetzt werden. Außerdem sind zum Versehen dieser Geschäfte weniger theoretische Kenntnisse als praktische Erfahrungen nöthig. Endlich hätten die Affessoren, die die Stellung eines Amtsanwalts versehen, an verschiedenen Gerichten gleichzeitig zu thun und müßten viel hin und her reisen.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.) weist darauf hin, daß die Hilfsrichter nicht zu lange Zeit als ordentliche Richter verwandt werden dürften. Der Mangel an Richtern führe zu einer übermäßigen Belastung der Richter, die die Gefahr in sich schließe, daß die Civilprozesse nicht mehr mit Aufmerksamkeit erledigt werden könnten. Gegenüber dem Luxus der Hofverwaltung bei Bauten solle umso mehr auf, wie wenig in dieser Richtung für die ungleich wichtigere Justizverwaltung ausgegeben wird.

Geh. Rath Lehnert weist abermals darauf hin, daß die Vermehrung der Richterstellen nur nach Maßgabe der Finanzen stattfinden könne. Einen Vergleich mit der Reichspost lehnt Redner ab. Es könne der Finanzverwaltung nicht verargt werden, wenn sie sparsam auch bei Bauten in der Justizverwaltung sei.

Abg. Graf Limburg Stirum (konf.) erklärt, daß bei Regulirung der Dienstalterszulagen nicht die bisher geltenden Grundsätze verlassen werden dürfen. Es dürfe dadurch weder Gehaltsverminderung noch Gehaltserhöhung eintreten. Daß im Richterstande ein gewisses Selbstgefühl herrsche, ist gut, aber es ist nicht wünschens-

worth, daß dieses Selbstgefühl sich in prächtiger Ausstattung äußert. Ich halte die Bautenpracht in der Hofverwaltung für eine Landeskalamität. (Sehr richtig! rechts.) Daß es dahin gekommen ist, liegt an der Unfähigkeit des Parlaments zur Kritik. Unsere Größe liegt in der Sparsamkeit, und daran wollen wir festhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt (Warburg, Str.) weist darauf hin, daß Graf Limburg diese Ausführungen im Reichstage hätte machen sollen, dann wären gestern einige Postbauten gestrichen worden.

Abg. Krause (Waldburg, H.) weist auf den Uebelstand hin, der dadurch entstehe, daß von den Staatsanwaltschaften ein Drittel mit außeretatsmäßigen Hilfsarbeitern besetzt werde. Das sei um so mißlicher, als zur Ausübung der Strafverfolgung die Kenntniß der Leute und Verhältnisse eines Bezirks nothwendig sei. Eine der wichtigsten Aufgaben der Justizverwaltung in der nächsten Zeit sei, dafür zu sorgen, daß die Zahl der Affessoren nicht überhand nimmt. Die Schaffung neuer etatsmäßiger Staatsanwaltschaften sei ein Weg dazu.

Geheimrath Lukas giebt zu, daß das etatsmäßige Personal in der Staatsanwaltschaft nicht ausreiche und daß das zu Uebelständen führen müsse. Allein das Streben nach Vermehrung der etatsmäßigen Staatsanwaltschaften hat wegen der Finanzlage zurückstehen müssen. Es ist Aussicht, daß schon im nächsten Etat neue Stellen gefordert werden können. Jedenfalls wird der Minister die Angelegenheit nicht aus dem Auge lassen.

Auf eine Anregung des Abg. Lotichius (nl.) erwidert Geheimrath Vierhaus, daß die Zahl derjenigen Aktiare, die ganz ohne Entschädigung arbeiten, nur 62 betrage, und zwar sei das die Folge der Maßregel, daß während mehrerer Jahre neue Bewerber nicht angenommen würden. Die Zahl der etatsmäßigen Stellen sei um 800 vermehrt.

Abg. Dr. Distorobek (Pole) tritt für Besserung der Dolmetscher ein. Die Richter, die der polnischen Sprache mächtig seien, müßten nur in den Landbestellen angestellt werden, wo Polnisch gesprochen werde.

Geheimrath Vierhaus: Die Grundidee des Dolmetschermesens ist die, daß der Dolmetscher im Nebenamt beschäftigt wird. Dafür wird er entsprechend entschädigt. Es wird sich nur um richtige Ausgestaltung dieses Systems handeln. Ein Verlassen des bisherigen Systems sei nicht in Aussicht genommen.

Abg. Dr. Krause (nl.) beklagt, daß nicht genug Amtsanwälte im Hauptamt angestellt seien.

Geheimrath Lukas erwidert, daß auch heute noch im Justizministerium das Bedürfnis nach einer Vermehrung der im Hauptamt beschäftigten Amtsanwälte anerkannt werde. Wenn es in diesem Jahr nicht befriedigt sei, liege es an der schlechten Finanzlage. Hoffentlich werde es gelingen, im nächsten Etatsjahr das Bedürfnis zu befriedigen.

Abg. v. Buch (konf.) bringt die Beschäftigung von Referendaren zur Entlastung der Gerichtsschreiber zur Sprache.

Minister Dr. v. Schelling: Ich weiß nicht, in welchem Umfang der Mißstand besteht, und bin dankbar, daß ich darauf aufmerksam gemacht werde. Es ist für den Referendar nothwendig, daß er zur Erlangung einer gewissen äußeren Fertigkeit eine Zeit lang als Gerichtsschreiber fungirt. Die Vorstehenden sind ja zur Revision der Protokolle verpflichtet. Geht es jedoch die Heranziehung zu dem Zweck, um die Gerichtsschreiber, die eigentlich zur Führung der Protokolle verpflichtet sind, zu entlasten, so ist das ein Mißbrauch. Ich werde dafür sorgen, daß, wo es geschieht, abgeholfen wird.

Petitionen von Gerichtsschreibern, welche die Bewilligung von Ortszulagen an die mittleren und unteren Beamten verlangen, beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. Dr. Bachem (Str.) beantragt, die Petitionen, welche aus Köln und Krefeld herrühren, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geheimrath Lehnert: Wenn wir den Beamten in Köln Ortszulagen gewähren, so können die Beamten in anderen Städten mit noch mehr Recht dasselbe verlangen. Ueberhaupt werden dann Petitionen über Petitionen an das Haus gelangen, die Beamten werden von überall herkommen und Zulagen verlangen. Die Regierung beabsichtigt nicht, zu dem System der Ortszulagen zurückzukehren, weil dasselbe zu Ungleichmäßigkeiten führt.

Abg. Jerusalem (Str.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung aus für die Petitionen aus Düsseldorf.

Abg. Dr. Sattler (nl.) hält es zur Zeit nur dann angängig, zum Ortszulagenystem überzugehen, wenn die Beamten in die höhere Serviceklasse aufrücken.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Bachem (Str.) tadelt die Art der Gebührenberechnung der Gerichtsvollzieher.

Geheimrath Vierhaus erklärt, diese Angelegenheit werde auf Grund einer Petition noch in der Justizkommission behandelt werden.

Ohne weitere Erörterung wird der Rest der ordentlichen Ausgaben bewilligt.

Die weitere Verathung wird auf Sonnabend 11 Uhr vertagt. Außerdem steht der Etat des Ministeriums des Innern auf der Tagesordnung.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Seede (nl.) erwidert Präsident v. Küller, daß er beabsichtige, die Anträge betreffend die Staffeltarife am Mittwoch auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Ueber die Bauangelegenheiten des künftigen Herrenhauses theilt

v. Wedel mit, daß mit dem Bau des neuen Herrenhauses erst dann begonnen werden kann, nachdem das Abgeordnetenhaus nach dem neuen Hause, welches in der Prinz-Albrechtstraße errichtet wird, übergestiegt ist. Erst dann würde für das Herrenhaus ein interimslicher Raum in dem alten Abgeordnetenhaus vorhanden sein.

Der Vorlage, betr. Abänderung des § 211 des Allgemeinen Verordnungs vom 24. Juni 1865, ertheilt das Haus auf Antrag der Kommission seine Zustimmung.

Nächste Sitzung unbestimmt.

(Schluß 2 Uhr.)

Deutschland.

□ Berlin, 16. Febr. [Staffeltarife und Parteipolitik. Die Konservativen gegen den Militäretat. Kolonialpolitisches.] Die Verhandlungen mit den bayerischen Delegirten über die Staffeltarife haben aufs Neue begonnen. Angeblich wird Preußen das Prinzip der Staffeltarife nicht aufgeben, wohl aber „Modifikationen“ zulassen. Man wird darunter wohl den Ausweg zu verstehen haben, daß die Tarife nur bis zur Elbe gelten sollen. Der sächsische Widerspruch gegen die preussischen Staffeltarife bleibe alsdann allerdings unberücksichtigt. Eine Meldung,

wonach auch Bayern zu Aenderungen seiner besonderen Staffeltarispolitik veranlaßt werden soll, erscheint einstweilen nicht hinreichend beglaubigt. Das Zweckmäßigste wäre es allerdings, diese ganze Frage, nachdem sie einmal in den Vordergrund getreten ist, nicht stück- und stückweise, sondern einheitlich unter dem Gesichtspunkt einer organischen Tarifbildungspolitik zu lösen. Das Gefühl dafür, daß dies nöthig ist, wird in bemerkenswerther Weise auch im Centrum empfunden. Ultramontane Zeitungen besinnen sich plötzlich auf das Oberaufsichtsrecht des Reichs über die Eisenbahnen und fordern eine wirksamere Handhabung dieser Befugnisse, die bisher nur auf dem Papier Geltung gehabt haben. Das Verlangen wird allerdings in der „Köln. Volksztg.“ zu Ungunsten der Staffeltarife gestellt, und die Absicht dabei ist, eine im preussischen Westen unbehaglich empfundene Tarifpolitik vom Reiche her zu majorisiren. Aber was heute zu Gunsten der einen Anschauung ausschlagen soll und kann, das kann morgen entgegengesetzt wirken, und so bleibt von der Anregung des führenden Centrumsblattes jedenfalls ein erfreulicher Eindruck zurück. Das Centrum macht es freilich in dieser Wirtschaftsfrage nicht anders als die Konservativen auch: es spaltet sich nämlich. Wie die Landwirthe des Ostens sich für verrathen ausgeben, weil die des Westens ihnen die Staffeltarife nicht gönnen wollen, so sind die schlesischen Centrumsblätter bitterböse auf ihre Freunde am Rhein und an der Donau, die ihnen in derselben Weise das Leben sauer machen. Jedenfalls steht man wieder einmal, daß die wirtschaftspolitischen Interessen rücksichtslos durch die sonstigen politischen Beziehungen hindurchschneiden, wenn es sich gerade so fügt. Die konservativen Gegner des russischen Handelsvertrages werden deshalb auch vergebliche Hoffnungen auf das Centrum setzen. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht als „Anfrage eines Katholiken“ einen Leitartikel „Was macht das Centrum?“ Der Einsender ist halb außer sich darüber, daß das Centrum sich wahrscheinlich spalten wird, und er beschwört Himmel und Hölle, um die Fraktion gegen den Handelsvertrag mobil zu machen. Der gute Mann weiß nicht, daß ein hinreichend starker Bruchtheil des Centrums fest entschlossen ist, den Handelsvertrag anzunehmen, und man wird den Schmerz nachfühlen können, den er mitammt der „Kreuzzeitung“ über eine Rede wird empfinden müssen, die der Vizepräsident des Reichstags, Hr. v. Buol, soeben in Karlsruhe gehalten hat. Hr. v. Buol ist verständlich genug, den Kampf aufzugeben. — Ein hübscher Rollentausch ist es, den die Konservativen jetzt plötzlich als Sparsamkeitsapostel mit der Beschneidung des Militäretats vollziehen. In der Budgetkommission des Reichstags mußten der Kriegsminister und seine Kommissare sich heute ganz gehässig gegen einen Abstrich von beinahe anderthalb Millionen wehren, den Herr v. Massow bei der Forderung für Grundstückskaufe zu Kasernen zwecken beantragte. Hätte der genannte Abgeordnete sich mit sachlichen Bedenken begnügt, so würde sich über seine Abstrichgelüste wohl haben reden lassen. Aber er war unvorsichtig genug zu erklären, der große Sinnhaushausfall in Folge der Handelsverträge rechtfertige eine größere Sparsamkeit. Die Konservativen haben allerdings schon vor Wochen mit vorläufiger Offenherzigkeit jedem, der es hören wollte, im Foyer erzählt, der Reichskanzler werde ihre Gegnerschaft beim Militär- und Marineetat noch zu spüren bekommen. Aber daß sie sich gerade diese Position für ihren Angriff aussuchen würden, darauf konnte man kaum gefaßt sein. Die Bedenken des Herrn von Massow wurden von den Abgg. Richter, Enneccerus, Prinz Arenberg sofort als das bezeichnet, was sie sind, als Manöver, um gegen den russischen Handelsvertrag Stimmung zu machen. Für die Wissenden ist das Manöver um so durchsichtiger, als es ein offenes Geheimniß ist, weshalb Graf Limburg-Stirum den Vorsitz in der Budgetkommission niedergelegt hat. Graf Limburg, der plötzlich aufgehört hat, zu den lautesten Rufen im Streite zu zählen, hat die tendenziöse Politik der „Sparsamkeit“ in der Kommission nicht mitmachen wollen. — Auf die mehrfachen Wünsche in der heutigen Reichstagsdebatte über den Kolonialetat, es möge ein Kolonialamt errichtet werden, ist vom Bundesrathstisch aus keine Antwort erfolgt. Wir glauben nicht, daß sich die Befürworter eines selbständigen Kolonialamts dies Schweigen als Zustimmung zu ihren Wünschen auszulegen haben. An dieser Stelle ist bereits auseinandergelegt worden, weshalb ein Kolonialamt die Hoffnungen, die man mit dieser Forderung verbindet, nicht erfüllen könnte, und daß die nothwendige, in der Sache selbst liegende Abhängigkeit der Kolonialverwaltung von der Leitung der auswärtigen Politik jede anders gedachte Organisation wieder über den Haufen werfen müßte. Innerhalb der maßgebenden Kreise dürfte die Frage ganz ebenso angesehen werden. Das Verlangen nach einem Kolonialamt wird ja vielleicht einmal erfüllt, aber man wird es dabei immer nur mit der Befriedigung einer Forderung der Etikette und der Repräsentation zu thun haben. Die weitere Verathung des Kolonialetats hat eine der angenehmsten Seiten des Reichskanzlers, sein Eintreten für seine Untergebenen, gezeigt. Die Aufgabe wird dem Grafen Caprivi diesmal doch nicht leicht geworden sein, aber er hat sie erfüllt, so gut oder so übel es gehen wollte. Das Urtheil über manche Kolonialbeamte wird dadurch freilich nicht geändert werden können.

△ Berlin, 16. Febr. [Der Bund der Landwirthe] hat sich nun doch entschlossen, die Vertikation über die morgige Versammlung im Feenpalast freizugeben. Jede Zeitung, die es beansprucht, erhält

für ihre Berichterstatter freien Zutritt. Aus der letzten Nummer des Organs des Bundes der Landwirthe erfahren wir, daß in der morgigen Versammlung über „die organische Reform der Börse“ als Referenten bestellt sind: Oberamtmann Ring (Mitglied des Abgeordnetenhauses) und Dr. Friedrich Hahn. Als es vor einiger Zeit hieß, daß Herr Hahn sein Hospitantenverhältnis zur nationalliberalen Fraktion lösen werde, weil er einen Posten im Vorstande des Bundes der Landwirthe angenommen habe, kam die Erwiderung, das sei nicht wahr. Mitglied der Oberleitung des Bundes mag Dr. Hahn zwar auch jetzt nicht sein, aber seine Beziehungen zu dem Bunde sind gerade intim genug, um von Neuem die Frage anzuregen, ob die Zugehörigkeit dieses Abgeordneten zur nationalliberalen Fraktion nicht ein Mißverhältnis ist, von dem beide Theile wünschen sollten, daß es gelöst werde. Ueber den „Russischen Handelsvertrag“ und die „Währung“ werden morgen als Referenten sprechen: die Herren v. Frege, Luz und Lude.

W. B. Lübeck, 16. Febr. In der heutigen Versammlung der Kaufmannschaft wurde eine Resolution zu Gunsten des deutsch-russischen Handelsvertrages angenommen, in welcher die Kaufmannschaft Lübecks den Vertrag mit lebhafter Freude und großer Befriedigung begrüßt.

Militärisches.

* Personalveränderungen in der 4. Division. Boehle, Probiantamtskontrollor in Bromberg die Dienstbezeichnung als Probiantamtsrendant beigelegt. Becker, Probiantamtskontrollor auf Probe in Bromberg, zum Probiantamtskontrollor ernannt und zum 1. April d. J. nach Berlin versetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 16. Febr. Der österreichische Anarchist, der 25jährige Dr. Gumpowicz, hatte sich heute vor dem Landgericht I. wegen seines Auftretens in einer Arbeitslosenversammlung am 22. Januar, in der er verhaftet wurde, zu verantworten. Er hatte sich in heftigen Angriffen gegen die sozialpolitische Gesetzgebung und den Staat überhaupt ergangen. Als der überwachende Polizeileutnant ihn verhaften wollte, leistete er Widerstand, und es mußte Gewalt gegen ihn angewandt werden. G. bekannte sich vor dem Gerichtshof rüchlos zum Anarchismus und erklärte, er würde es für eine Feigheit und mit seinen Grundlügen im Widerspruch stehend gehalten haben, wenn er der Gewalt der Polizei sich ohne weiteres gefügt hätte. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Der Gerichtshof ging noch darüber hinaus. Durch die aufreizenden Reden des Angeklagten in einer Versammlung von 2500 Arbeitslosen hätten schwere Folgen entstehen können. Die Strafe sei deshalb auf 1½ Jahre bemessen worden.

Solales.

Posen, 17. Februar.

* Personalnotiz. Der Referendar Engelhard im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Posen ist zum Gerichtsassessor ernannt worden.

* Personalveränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts Posen. I. Bei den Gerichten. Ernannt sind: zum ersatzmäßigen Gerichtsschreibergehilfen: der Gerichtsschreibergehilfen-Anwärter Lude in Czarnikau; zum Gerichtsvollzieher: der Gerichtsvollzieher Fr. A. Seifert in Schubin. Bei den Staatsanwaltschaften. Ernannt: zu Amtsanwalts-Stellvertretern: der Polizei-Sekretär und Registrator Schreiber zu Mejeritz, der Stadtschreiber Polmann zu Jarotchin, der Sekretär der Kommunal-Verwaltung Lude zu Ratel, der Gerichtsschreibergehilfe Fischer zu Zablichin, zum Justizamtsanwalts-Stellvertreter: der Bürgermeister Delica zu Roschin für den Gerichtstag zu Roschin. Entbunden: der Amtsgerichts-Sekretär Dittig zu Ratel von der Vertretung des Amtsanwalts daselbst. In der Gefängnisverwaltung. Entlassen: der Gefangenenaufseher Davidsohn in Ratel.

* Abhaltung von Krammärkten. Der Provinzialrath der Provinz Posen hat genehmigt, daß mit den in der Stadt Bronte am 12. Juli und 13. Dezember 1894 stattfindenden Vieh- und Pferdemarkten gleichzeitig Krammärkte abgehalten werden.

Aus der Provinz Posen.

* Schneidemühl, 16. Febr. [Verhaftung.] Den Bemühungen des Stadtwachmeisters Woyde zu Uch ist es gelungen, die Verbrecher, welche kürzlich den Gutsbesitzer Arndt aus Uchshouland auf dem Heimwege von Uch erschlagen haben, zu ermitteln. Es sind dies der Arbeiter Leo Lubinski und der Korbmacher Schulz, beide aus Uch. Dieselben wurden verhaftet und heute dem hiesigen Gerichtsgewächshaus eingeliefert. Schulz hat bereits ein Geständnis abgelegt, während Lubinski streitet.

Telegraphische Nachrichten.

Riel, 16. Febr. Der Unfall auf dem Panzerschiff „Brandenburg“ ist heute Vormittag bei der Probefahrt passiert. Nach amtlicher Mittheilung ist auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise das Hauptdampfsrohr der Steuerbordmaschine geplatzt. Das Unglück ereignete sich hinter dem Stollergrund, etwa 3 Meilen von Bülk. Als die Nachricht von der Explosion hier gemeldet wurde, erhielt das Wachtschiff Dampfer „Pelikan“ Befehl, zur Hilfeleistung zum „Brandenburg“ abzugehen. An Bord des „Pelikan“ befand sich Prinz Heinrich. Die Todten sind bereits hierher geschafft. Die in der Todtenliste aufgeführten Handwerker sind Arbeiter der kaiserlichen Werft. Es scheint sicher, daß die Zahl der Verwundeten, von denen inzwischen 2 gestorben sind, nicht mehr als 9 beträgt. — (Außer den in der Morgennummer schon Genannten ist bei der Explosion noch ums Leben gekommen der Obermaschinenmaat Ristenfeger. — Einige Namen haben ferner durch den Fernsprecher nicht genau verstanden werden können; es muß heißen Bag statt Raz, Heuser statt Hauser, Schüler statt Spieler, Stüger statt Spizer, Jung statt Juno, Hansohn statt Hansom. — Red.)

Wien, 16. Febr. [Landtag.] Eine Interpellation, betreffend die Störung einer jüngst abgehaltenen fortschrittlichen Versammlung in Tulln durch Antisemiten unter der Führung von mehreren antisemitischen Landtagsabgeordneten, beantwortet der Statthalter dahin, daß die Schuldigen dem Gerichte angezeigt und daß die Regierung die jüngsten gewaltsamen Störungen der Ausübung des Versammlungsrechtes aufs Schärfste mißbilligt. Die Regierung werde jeder Behinderung der legalen Ausübung dieses Rechtes aufs Entschiedenste begegnen und stets gerichtliche Verfolgung veranlassen.

Wien, 16. Febr. Einem Communiqué der Oesterreichisch-ungarischen Bank zufolge tritt dieselbe schon in der nächsten Zeit in Verhandlungen mit den Regierungen von Oesterreich und Ungarn über die Erneuerung des Bankprivilegiums. Das betreffende Material sei vorbereitet, die Verhandlungen könnten unaufgehalten vor sich gehen.

Lemberg, 16. Febr. [Landtag.] Der Generalberichterstatter des Budgetausschusses, Stanislaus Badent erklärte, die Anhänglichkeit und Treue gegenüber Oesterreich und das Festhalten an den Grundsätzen der katholischen Kirche bildeten den gemeinsamen Boden, auf welchem die Polen und die Ruthenen im Einvernehmen mit einander wirken könnten. Die Polen forderten nicht die Abhängigkeit der Ruthenen und hätten nichts gegen die Selbstständigkeit der ruthenischen Nationalität einzuwenden, sondern verlangten nur, daß die Ruthenen den gekennzeichneten gemeinsamen Boden nicht zum Schaden des Reiches verlassen. (Vorangehender, stürmischer Beifall.)

Paris, 16. Febr. Mittheilungen der Blätter zufolge ist die Polizei überzeugt, daß Henry und seine Komplizen, zu denen die jüngst verhafteten Bernhard und Paul Reclus gehören sollen, die Urheber der Attentate in der Rue des bons enfants und im Restaurant Véry seien. Der Attentäter Henry gestand heute dem Untersuchungsrichter, daß er ursprünglich beabsichtigt habe, die Bombe in einem großen Theater zu schleudern, wo er jedoch keinen Platz erhalten habe; sodann hätte er das Attentat in einem Boulevard-Café ausführen wollen, hätte jedoch davon Abstand genommen, weil zu wenig Publikum dort gewesen sei und die Bombe dann nur geringen Schaden angerichtet hätte. Aus dem weiteren Verhör Henrys geht hervor, daß sich in seiner Wohnung mehrere Bomben befanden, welche durch seine Genossen fortgeschafft worden sind. Die vor dem Gebäude der „Société générale“ in der Rue Provence gefundene Bombe war gleichfalls von Henry angefertigt.

Paris, 16. Febr. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat die Regierung den diesseitigen Gesandten in Lissabon, D'Hour, nach Paris berufen, um mit ihm über die Lage zu beraten, welche für das französische Kapital durch das Verhalten der portugiesischen Regierung geschaffen worden ist.

Paris, 16. Febr. Das Handelsgericht lehnte es ab, die gerichtliche Liquidation der Banque d'Escompte auszusprechen und erklärte die Bank für fallit.

London, 16. Febr. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Innern Asquith erklärte, er könne über die gestrige Explosion in Greenwich keine Auskunft geben, ausgenommen darüber, daß die Untersuchung eingeleitet sei. Der Parlamentssekretär des auswärtigen Grev theilte mit, aus klimatischen Gründen sei die topographische Untersuchung am oberen Meeres bis zum Herbst verschoben worden. Die französischen Fachmänner seien bereits gewählt. Wie Wahl der englischen Mitglieder der Kommission sei noch nicht vollzogen worden.

London, 16. Febr. Der in Greenwich durch die Explosion einer mit Explosivmasse gefüllten Flasche getödtete Mann ist ein französischer Anarchist Namens Martial Bourdin, der mit seinem Bruder hier in Titelfield Street wohnte, wo beide als Schneider arbeiten. In seinen Taschen fand die Polizei Anweisungen in lateinischer Sprache zur Herstellung von sehr gefährlichen Explosivstoffen. Aus weiteren Papieren gehen die Beziehungen Bourdins zu ausländischen Anarchisten in London hervor. Auch ein Portemonnaie mit dreizehn Pfund Sterling in Gold wurde bei ihm gefunden. Bourdin ist vor sechs Jahren im Alter von 16 Jahren nach London gekommen.

Konstantinopel, 16. Febr. Auf die Mittheilung der bulgarischen Regierung an die Pforte, daß auf der Bahn Bellova-Sarambey der status quo wiederhergestellt sei, werden nunmehr die drei an der Betriebsübergabe beteiligten Parteien, die Pforte, die bulgarische Regierung und die Betriebsgesellschaft der Orientalischen Bahnen in Verhandlungen eintreten beabsichtigt. Regelung des Betriebsübergabedienstes der Linie Bellova-Sarambey.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Btz.“

Berlin, 17. Februar, Morgens.

Als der Kaiser und die Kaiserin bei der Wiederholung der Meißner Vorstellung am Donnerstag Abend im „Deutschen Theater“ empfangen wurden, begrüßten sie den greisen Komiker Helmerding besonders freundlich. Später verließ ihn der Kaiser den Kronenorden vierter Klasse und beauftragte den Grafen Eulenburg, den Künstler, welcher das Theater bereits verlassen hatte, in dessen Wohnung von der Ehrung Mittheilung zu machen.

Die Schlußbilanz der Chicagoer Weltausstellung warf einen Ueberschuß von 1 100 000 Dollar ab.

Selsingfors, 16. Febr. Die Zahl der Frauen und Kinder, die auf der losgelassenen etwa 100 Werst großen Eisscholle sich befanden, wird auf 500 geschätzt. Die meisten sind Ingermanländer. Die Küstenbevölkerung ist bedacht, den Unglücklichen Brot, Kleidung, Holz zuzuführen. Man hofft sie zu retten.

London, 17. Febr. Weiteren Nachrichten über die Explosion in Greenwich zufolge befand sich im Körper des Getödteten ein großes Stück Eisen, das von der Bombe herührte, welche Bourdain in der Tasche trug, Bourdain schleppte sich nach der Explosion noch 25 Meter fort. Ein Finger des Getödteten ist in einer Entfernung von 80 Metern aufgefunden worden.

Rio de Janeiro, 16. Febr. 60 Personen sind am gelben Fieber, 15 an anderen fieberähnlichen Krankheiten gestorben. Der Kommandant des österreichischen Kriegsschiffes, sowie viele andere an Bord des Schiffes Befindliche sind gestorben. Das portugiesische Kriegsschiff und das englische Schiff „Racer“

haben gleichfalls Kranke an Bord. Die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden.

Handel und Verkehr.

** Berlin, 16. Febr. In der heute Abend stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths der Deutschen Genossenschaftsbank von Börsel, Parfius u. Co. in Berlin wurde von den persönlich haftenden Gesellschaftern der Abschluß für das Rechnungsjahr 1893 vorgelegt. Nach demselben verbleibt ein Gewinn von 1 153 229,40 Mk. gegen 1 077 305,89 Mk. im Jahre 1892. Der Aufsichtsrath beschloß, der zum 10. März cr. einzuberufenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 5 Prozent (1892: 4½ Prozent) vorzuschlagen.

** Königsberg i. P., 15. Febr. Der Aufsichtsrath der Königsberger Vereinsbank beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 4½ Proz. vorzuschlagen.

** Paris, 15. Febr. Bankausweis.
Baarvorrath in Gold . . . 1 708 634 000 Frs.
do. in Silber . . . 1 264 671 000 „
Portef. der Hauptb. und der Filialen . . . 735 778 000 Abn. 6 651 000 „
Notenumlauf . . . 3 528 355 000 Abn. 12 763 000 „
Lauf. Rechn. d. Priv. . . 379 729 000 Abn. 6 209 000 „
Guthaben des Staats- schatzes . . . 219 959 000 Abn. 8 363 000 „
Gesamt-Vorschüsse . . . 288 497 000 Abn. 8 600 000 „
Zins- und Diskont-Erträge . . . 3 683 000 Abn. 307 000 „
Verhältnis des Notenumlaufs zum Baarvorrath 84,26.

** London, 15. Febr. Bankausweis.
Totalreserve . . . 21 269 000 £. 835 000 Pf. Sterl.
Notenumlauf . . . 24 154 000 Abn. 310 000 „
Baarvorrath . . . 28 973 000 Abn. 526 000 „
Portefeuille . . . 23 612 000 Abn. 193 000 „
Guthaben der Privaten . . . 27 839 000 Abn. 501 000 „
do. des Staats . . . 8 086 000 Abn. 806 000 „
Notenreserve . . . 18 963 000 Abn. 766 000 „
Regierungssicherheiten . . . 9 289 000 Abn. 259 000 „
Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 59½ gegen 58½ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umsatz 192 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 19 Millionen.

Marktberichte.

Bromberg, 16. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.)
Weizen 125—130 M., geringe Qualität 122—124 M. — Roggen 108—112 M., geringe Qualität 105—107 M. — Gerste nach Qualität 115—130 M. — Braugerste 131—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 135—142 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reuz. in mm. 66 m Seehöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cel. i. Grad
16. Nachm. 2	762,1	SW mäßig	halb heiter	-0,5
16. Abends 9	762,2	SW mäßig	wolkig	-3,0
17. Morgs. 7	761,1	SW frisch	bedeckt	-14,5

Am 16. Febr. Wärme-Maximum — 0,5° Cel.
Am 16. = Wärme-Minimum — 5,0°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Febr. Morgens 1,96 Meter
" " 16. = Mittags 1,98
" " 17. = Morgens 2,04

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 16. Febr. [Zur Börse.] Aus Lyon wurde heute ein Depot von 13½ Cts. für italienische Rente gemeldet, und zwar für die Zeit von Medio bis Ultimo. Es heißt das 27 Centimes pro Monat und zuzüglich 41 Centimes Zinsen 68 Centimes monatlicher Depot, was auf das enorme Decouvert der französischen Börsen ein scharfes Licht wirft. Ein solches Verhältniß kann die französische Spekulation nicht lange aushalten, ohne ihrer Waise-Engagements überdrüssig zu werden. Sie zeigt denn auch schon seit einiger Zeit das sichtbare Bestreben, sich zu deden, was der Tendenz für Italiener einen kräftigen Rückhalt giebt. Von diesem Markte ging denn auch heute der Anstoß zur Festigkeit aus, die sich den übrigen Märkten mittheilte. Aus Lyon wurde die Insolvenz eines Speculanten berichtet, für den wahrscheinlich zwangsweise Rückkäufe in Italienern stattgefunden haben. Der Kurs konnte sich in Folge dessen vorübergehend 1½ Proz. über gestrigen niedrigsten Stand erheben. Auch Mexikaner wurden prozentweise höher bezahlt, obgleich Silber abermals niedriger aus London gemeldet wurde. Sehr fest ist die Tendenz auf dem Bahnenmarkt, wo nicht nur verschiedene fremde, namentlich Schweizer Bahnen, sondern auch unsere heimischen Werthe bevorzugt und höher waren. Die zuverlässigste Stimmung auf dem Montanaktienmarkt ist zurückgekehrt und sowohl Eisen- als Kohlenwerthe konnten heute fast die ganze Einbuße der letzten Tage wieder einholen. (R. Z.)

Breslau, 16. Febr. (Schluß.) Fest.

Neue Prov. Reichsanleihe 86,45 ¾, Proz. L.-Randbr. 98,65, Konfol. Türken 23,40, Tür. Boese 96,75, 4 Proz. unq. Goldrente 96,10, Bresl. Diskontobank 99,25, Breslauer Wechselbank 97,00, Kreditaktien 221,85, Schles. Bankverein 111,50, Donnersmarkt 101,00, Flößer Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 135,00, Oberk. Eisenbahn 72,00, Oberschles. Portland-Zement 94,00, Schles. Zement 147,00, Doppelzement 112,50, Krampitz 131,00, Schles. Zinkaktien —, Laurahütte 121,25, Bereth Delfabr. 86,00, Oesterreich. Banknoten 163,00, Russ. Banknoten 219,90, Oest. Zement 94,00, 4 Proz. Ungarische Kronenrente 91,50, Breslauer elektrische Straßenbahn 123,60.

Frankfurt a. M., 16. Febr. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.]

Oesterreich. Kreditaktien 293, Franzosen 259½, Lombarden 89½, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 154,10, Diskonto-Kommandit 180,70, Dresdner Bank 136,70, Berliner Handels-Gesellschaft 132,10, Bochumer Gußstahl 132,70, Dortmunder Union. St.-B. —, Gelsenkirchen 147,60, Harpener Bergwerk 139,90, Siberia 119,60, Laurahütte 121,50, 4 Proz. Portugiesen —, Italienische Mittelmeerbahn 82,50, Schweizer Centralbahn 116,90, Schweizer Nordbahn 106,40, Schweizer Union 76,40, Italienische Meridional 109,60, Schweizer Simploabahn 56,40, Nordb. Lloyd —, Mexikaner 63,70, Italiener 78,20, Rußg.

Hamburg, 16. Febr. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.)

Kreditaktien 293,00, Lombarden —, Diskonto-Kommandit 180,80, Russische Noten 219,25, Nordb. Bank 125,90,

